

Stand: 09.02.2026 13:29:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15328

"Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15328 vom 08.02.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 09.02.2017
3. Mitteilung 17/15600 vom 21.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- aufgrund der deutlichen Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan Abschiebungen bis zur nächsten Innenministerkonferenz auszusetzen,
- sich bei der nächsten Innenministerkonferenz und im Bundesrat dafür einzusetzen, dass angesichts der deutlich verschlechterten Situation die Sicherheitslage in Afghanistan neu bewertet wird.

Begründung:

Afghanistan ist für Flüchtlinge nicht sicher. Die aktuelle Lageeinschätzung des UNHCR vom Dezember 2016 ist eindeutig: Das UNHCR stellt in seinem Bericht fest, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem „innerstaatlichen bewaffneten Konflikt“ im Sinne des europäischen Flüchtlingsrechts betroffen sei. Aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage in den unterschiedlichen Gebieten könne man gar nicht zwischen sicheren und unsicheren Regionen in dem Bürgerkriegsland entscheiden.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich im vergangenen Jahr weiter verschlechtert, so der Jahresbericht der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA). Mit 11.418 zivilen Opfern der Kampfhandlungen wurde ein trauriger Rekordwert erreicht. Damit zeigt sich, wie unverantwortlich die Abschiebungen nach Afghanistan sind. Auf Rekordniveau ist die Zahl der neuen Binnenvertriebenen: 636.500 Menschen mussten durch die Kampfhandlungen aus ihrer Heimat fliehen und befinden sich nun innerhalb des Landes auf der Flucht. Das sind noch einmal 66 Prozent mehr als bereits 2015. Über die Hälfte der im Jahr 2016 neu Vertriebenen sind dabei Kinder. Betroffen sind fast alle der 34 afghanischen Provinzen. Vor diesem Hintergrund ist es absurd, dass Deutschland unter Beteiligung Bayerns im Dezember begonnen hat, Menschen nach Afghanistan abzuschicken.

namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

– Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 15.35 bis 15.40 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Wir zählen außerhalb des Plenarsaals aus. Darf ich noch einen Moment um Aufmerksamkeit bitten? Setzen Sie sich bitte wieder hin. Wir sind noch nicht ganz fertig. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15328 mit 17/15335 sowie 17/15349 mit 17/15355 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Mistol und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Innen- vor Außenentwicklung – Keine Aufweichung im Bauplanungsrecht", Drucksache 17/15324, bekannt: Mit Ja haben 54 gestimmt, mit Nein 101. Stimmenthaltungen

gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich unterbreche jetzt kurz die Sitzung, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt.

(Unterbrechung von 15.41 bis 15.42 Uhr)

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Lotte, Arnold und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Soziales Mietrecht endlich umsetzen!", Drucksache 17/15326, bekannt: Mit Ja haben 51 gestimmt, mit Nein haben 97 gestimmt; eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen guten Heimweg.

(Schluss: 15.43 Uhr)



Mitteilung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/15328

Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen!

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/15328 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt